



KULTURKURIER

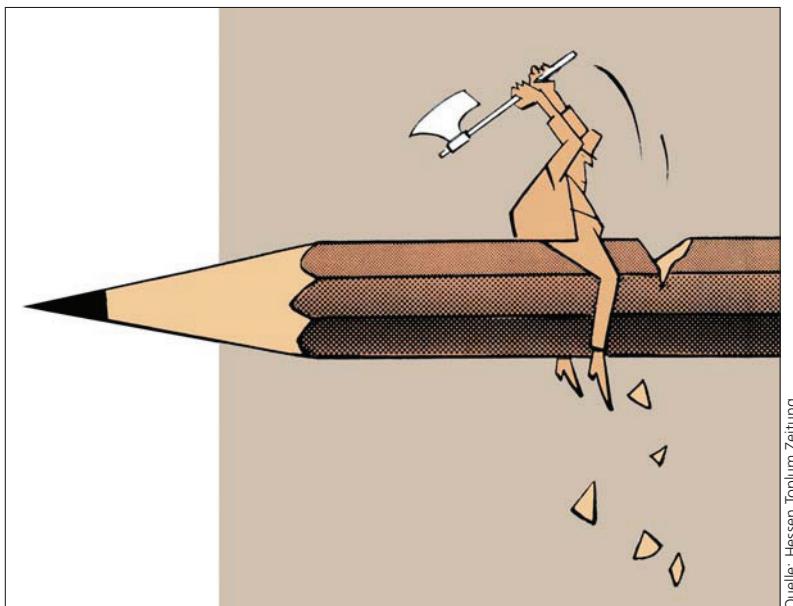
Nr. 19, 1. Mai 2006



Rundbrief zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik



Der Karikaturenstreit



Quelle: Hessen Toplum Zeitung

Eine Karikatur des türkischen Zeichners Turhan Selcuk aus der Ausstellung „Jenseits der Propaganda“, die noch bis zum 7. Mai im Art Center Berlin zu sehen ist.

Am 30. September veröffentlichte die dänische Zeitung „Jyllands Posten“ im Rahmen eines Wettbewerbs 12 Karikaturen des Propheten Mohammed. Zunächst blieb der offensichtlich mindestens bewusst in Kauf genommene Aufschrei der Empörung in der muslimischen Gemeinde Dänemarks aus. Erst nachdem einige dänische Muslim-Verbände den Unmut in der islamischen Welt angeheizt hatten und der OIC-Gipfel in Mekka im Dezember das Karikaturen-Thema behandelte, eskalierte die Situation mit globalen Auswirkungen: Muslime in der ganzen Welt empfanden die Karikaturen als Verunglimpfung des Propheten und Beleidigung des Islam.

Im Januar 2006 verstärkten sich die Proteste über Demonstrationen bis hin zu Angriffen auf europäische Einrichtungen. Am heftigsten fielen die Ausschreitungen in Ländern aus, die von akuten Krisensituationen gekennzeichnet sind: den Palästinensischen Gebieten, Syrien, Libanon, Afghanistan, Iran. In Libyen gab es Unruhen mit Todesopfern nach antiislamischen Äußerungen des inzwischen zurück getretenen italienischen Ministers Calderoli. Bei gewalttätigen Ausschreitungen gegen Christen in Nord-Nigeria kam es ebenfalls zu Todesopfern.

Analysiert man die Berichte aus den einzelnen Ländern, so ergibt sich ein durchaus differenziertes Bild der Ereignisse: zum einen gab es in vielen Teilen der islamischen Welt eine starke individuelle Betroffenheit – angesichts der Karikaturen, aber fast im selben Maße angesichts der Reaktionen westlicher Politiker und Medien. Zum anderen instrumentalisierten Regierungen und Machtgruppen diese aufrichtig empfundene Empörung für ihre jeweiligen politischen Zwecke: Die oft wenig demokratisch legitimierten Regierungen in diesen Ländern nutzten die Massenproteste, um innenpolitisch Druck abzubauen und Islamisten im eigenen Land keine (zusätzliche) Angriffsfläche zu bieten. Eine andere Variante waren eindeutig „orchestrierte Proteste“ in Staaten mit autoritären Regimen (Iran, Syrien), in denen die Bevölkerung mit Hilfe einer innenpolitisch konsensfähigen Ablehnung des „islamophoben Westens“ für einen außenpolitischen Isolationskurs ihrer Regierungen mobilisiert wurde.

Aber auch in einzelnen europäischen Staaten kann man durchaus von einer Instrumentalisierung des Vorgangs sprechen: gerade die gewalttätigen Proteste – die eben nicht typisch für die Reaktion in der islamischen Welt und in den meisten Fällen bewusst gesteuert waren – wurden in europäischen Medien als repräsentativ für einen aggressiven, intoleranten Islam dargestellt. Dieses verzerrte Bild des

>>



KULTURKURIER

Nr. 19, 1. Mai 2006



Rundbrief zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Nachhaltigkeit Deutscher Auslandsschulen durch Alumnivereine

Islam wurde dann in die innenpolitische Diskussion um Migration und Integration eingebbracht, ohne die Hintergründe näher zu beleuchten.

Insgesamt verdeutlicht der Karikaturenkonflikt, dass weiterhin eine Kluft zwischen dem Westen und der islamischen Welt besteht, die sich durch die Ereignisse noch vergrößert haben dürfte. Die Auseinandersetzung hat aber ebenfalls verdeutlicht, dass wir innerhalb Europas über unsere eigenen Wertesysteme und die Rolle, die Religion in unseren Gesellschaften spielt, nachdenken sollten. Auch hier gibt es beachtliche Differenzen, derer wir uns bewusst werden sollten. Zudem hat jedes europäische Land eine eigene Integrations- und Immigrationspolitik. Die Entwicklung gemeinsamer europäischer Politiken steht hier erst am Anfang. Das zeigte sich auch in der Vielstimmigkeit der europäischen Reaktionen im Zuge der Karikaturenkrisen. Auch nachdem die Welle der Gewalt verebbt ist, wird das Thema weiter auf der Tagesordnung der internationalen Politik bleiben.

Patrick Heinz arbeitet im Arbeitsstab für den Dialog mit dem Islam im Auswärtigen Amt.



Ein Ehemaligentreffen der über 125 Jahre alten Deutschen Schule Helsinki

Jährlich verlassen mehr als 2000 Schülerinnen und Schüler die Deutschen Auslandsschulen mit einem deutschen Reifezeugnis. Der größere Teil von ihnen stammt aus den Partnerländern. Was aber machen die Absolventen nach der Schulzeit? Wer von ihnen nimmt ein Hochschulstudium in Deutschland auf? Wo üben Sie Ihren Beruf nach einem erfolgreichen Studium aus?

Um die nachhaltige Wirkung der schulischen Arbeit im Ausland zu sichern und für Deutschland produktive Netzwerke in den Funktionseliten der Partnerstaaten entstehen zu lassen, wirbt die [Zentralstelle für das Auslandsschulwesen](#) bei den Auslandsschulen seit Jahren verstärkt dafür, sich aktiv um Alumni-Netzwerke zu bemühen und Alumnivereine ins Leben zu rufen.

Eine 2005 durchgeführte weltweite Befragung ergibt folgendes Bild: Von den 117 Deutschen Auslandsschulen

verfügen bereits 82 über gut funktionierende oder im Aufbau befindliche Ehemaligenvereine. Über die Hälfte davon wurden erst in den letzten Jahren gegründet. Lediglich 28, meist Auslandsschulen für deutsche Expertenkinder, die zum Teil nur bis zur 10. Klasse führen, geben zu Protokoll, dass es bisher keine derartigen Ansätze gibt. Die meisten Ehemaligenvereine haben eine Mitgliederzahl zwischen 100 und 500, doch haben einige inzwischen sogar mehr als 5000.

Verstärkt wird das Internet als Instrument in der Alumniarbeit genutzt. Die Deutsche Schule Rom hat etwa mit dem Aufbau eines Internetportals für Ehemalige begonnen, das seit dem Januar 2006 in Zusammenarbeit mit dem Verein „alumniatschool“ unter der Adresse <https://dsrnet.alumniportal.org> ins Netz gestellt wurde. Der Erfolg spricht für sich, denn seit Januar 2006 haben sich bereits 175 Ehemalige dort registrieren lassen.

Die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen wird diese Initiative ausführlich während des im September anstehenden Weltkongresses der Deutschen Auslandsschulen in Kapstadt/ Südafrika vorstellen und mit den Schulen weitere mögliche Maßnahmen erörtern.

Joachim Lauer ist der Abteilungspräsident der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen in Köln.